

Anna Górajek

Uniwersytet Warszawski

Erinnerte Wirklichkeit. Polen in der außenpolitischen Konzeption Helmut Kohls

Abstract

In this paper, the author presents a brief description of the place and role Poland's in the memoirs of the former German chancellor Helmut Kohl. Although, at the first view, it can be assumed that Poland and the Polish politicians don't appear too often in Kohl's report, it could be shown after a closer analysis that Kohl refers many times to both of them. Poland aroused a special interest, but also irritation, of the chancellor around 1990 as Germany was re-united and the negotiations regarding the common border between Poland and Germany were carried out, which is depicted in this paper.

Key words: Helmut Kohl, Poland, Germany, 1989, remembrance, reality

Wirklichkeit ist eines jener Phänomene, das sich einer eindeutigen Definition entziehen. Ähnlich wie bei *Gegenwart* muss nachgefragt werden, was genau gemeint sei. Denn so wie die Gegenwart ein nur schwer bestimmbarer Zeitabschnitt ist, so ist die Wirklichkeit – obwohl zweifellos gegeben – nur als Abbild des jeweiligen Sinneseindrucks wahrnehmbar. Die Frage nach der Wirklichkeit ist demzufolge zugleich eine Frage nach der Objektivität der Wahrnehmung. Wenn man jener These Folge leistet, dass die Gegenwart nur einen Bruchteil einer Sekunde dauert, dann ist die Frage erlaubt, ob es eine „wahre Wirklichkeit“ überhaupt gibt oder nur die Erinnerung an sie? Es gibt das Geschehen, aber wer haftet für seine getreue Überlieferung? Die Erinnerung ist eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart, aber inwieweit entspricht die erinnerte Wirklichkeit jener zum Zeitpunkt des Geschehens. Das Geschehene tritt in der Singularform auf, in der Erin-

nerung nimmt es oft (abhängig von dem zu überbrückenden Zeitabschnitt) die Pluralform an. Denn es gibt nicht nur das Geschehen und die Erinnerung an dieses, sondern eher eine nicht näher bestimmbare Anzahl von Erinnerungen, die sich in Manchem ähneln und in Manchem widersprechen, die sich manchmal ergänzen, manchmal aufeinander bauen und manchmal ganz und gar ausschließen. Denn Erinnern ist individuell, subjektiv und jedes Mal abhängig davon, wer, wann, aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken sich zu erinnern hat. Erinnerungen sind nicht einfache Kopien des einmal Aufgenommenen, sondern sie sind kognitiv-psychische Konstruktionen, durch die Vergangenheit sprachlich formuliert werden kann (vgl. SCHMIDT 2001: 213). Das Erinnerte variiert, je nach Bedarf wird es bewusst oder auch unbewusst modifiziert, es erhält zusätzliche Schattierungen oder wird gefiltert und destilliert. Dann wird es auf Papier festgehalten (oder heutzutage immer öfter elektronisch gespeichert) und zur Wirklichkeit erklärt. Das Geschehene gehört der Vergangenheit an. Als Solches existiert es nicht, es überdauert nur die Erinnerung an dieses, d.h. ein bestimmtes, vom Menschen geschaffenes Bild der einst wahrgenommenen Wirklichkeit.

Zu denjenigen, die gerne zur Feder greifen, um von der erlebten Wirklichkeit zu berichten oder besser gesagt, um die Vergangenheit zu erläutern (und somit die Nachwelt zu beeinflussen), gehören Vertreter der sog. politischen Klasse. Ihre Memoiren sollen nicht nur und nicht hauptsächlich der Unterhaltung dienen. Sie sind als Orientierungshilfe bei der Wertung der geschichtlichen Ereignisse konzipiert und sollen das Handeln der Akteure auf der politischen Bühne ins rechte Licht rücken, u.a. auch das eigene Tun des Autors rechtfertigen oder dem Nachruhm auf die Beine helfen. Sie zeichnen die Geschichte aus einem besonders subjektiven Blickwinkel des Betroffenen, aber es ist zugleich der Blick eines fachkundigen Experten. Demzufolge können sie von der historischen Forschung nicht zur Gänze übergangen werden und bleiben somit nicht ohne Einfluss auf das von ihr erstellte Bild des einst Geschehenen. In den von Politikern verfassten Erinnerungen werden die Vergangenheit in Form einer Analyse innen- und außenpolitischer Ereignisse rekonstruiert sowie das eigene Handeln erläutert bzw. jenes der politischen Partner und Opponenten kritisch hinterfragt. Zugleich werden die Hintergründe so mancher unternommenen oder unterlassenen Handlung aufgedeckt, Zusammenhänge sichtbar, Intentionen verdeutlicht. Dem Leser wird der Einblick in die Gedankenwelt des Verfassers gewährt, doch muss er sich dessen gewahr sein, um sich nicht manipulieren zu lassen.

Nehmen wir als Beispiel die Erinnerungen des Bundeskanzlers a.D. Helmut Kohl, eines der wichtigsten Akteure auf der politischen Bühne Europas der letzten Jahrzehnte. Helmut Kohl führte die Bundesrepublik in den Jahren 1982–1998, z.T. in wesentlichen Jahren, der Zeit des Umbruchs an der Schwelle der 1990er Jahre. Die letzten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts

waren auch für Polen, den östlichen Nachbarn Deutschlands, von größter Bedeutung: die Solidarność-Bewegung, der Kriegszustand, die demokratischen Wahlen 1989, Einführung der Marktwirtschaft, Auflösung des Warschauer Paktes und erste Assoziierungsabkommen mit der EU und dem Nordatlantischen Pakt. Es waren auch bewegte Zeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen wegen der Verhandlungen betreffs des Grenz- und des Nachbarschaftsvertrages. Polen müsste dementsprechend ein Thema in den Erinnerungen des Bundeskanzlers sein. Inwieweit es das ist, wollen wir anhand des III. Bandes seiner Erinnerungen, der die Jahre 1990–1994 umfasst, überprüfen (Kohl 2007).

Einen ersten Einblick in die Rangliste der außenpolitischen Partner erlaubt schon das Vorwort selbst. Hier werden die wichtigsten innen- und außenpolitischen Themen angesprochen, die dann auf weiteren Seiten ausführlich bearbeitet werden, hier werden auch die wichtigsten Partner genannt. Im Vorwort des dritten Bandes werden als Schwerpunkte die Staatsverträge mit der DDR, Gipfeltreffen mit den Präsidenten der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung sowie die Europapolitik genannt. Es fallen folgende Namen: George Bush, Bill Clinton, François Mitterrand, Michail Gorbatschow und Boris Jelzin. Polen und seine Politiker bleiben unerwähnt. Sollte man dem Bedeutung beimessen und voreilig Schlüsse ziehen? Eigentlich nicht, aber andererseits war doch die Grenzfrage im Spiel? Selbstverständlich geht Kohl auf diese Problematik auf weiteren Seiten seiner Erinnerungen ein. Zwar erinnert er Polen nicht nur im Hinblick auf die Grenzfrage, jedoch scheint gerade dieses Thema die Erinnerungen in Bezug auf Polen zu bestimmen.

Am Anfang würdigt Kohl jedoch die Rolle Polens bei den friedlichen Veränderungen in Europa. Er schreibt u.a.: „Ohne die grundlegenden Veränderungen in der Sowjetunion, in Ungarn und in Polen wäre die friedliche Revolution in der DDR nicht möglich gewesen“ (Kohl 2007: 20). Ein paar Seiten weiter kommt er noch einmal auf das Thema zurück: „Die Polen und Ungarn, die Tschechen und Slowaken waren mit revolutionären Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen. Ohne ihr Beispiel wären die Entwicklungen in der DDR nicht möglich gewesen“ (Kohl 2007: 29). Der polnische Leser verspürt in diesem Moment ein gewisses Unbehagen, da Polen nicht als der Vorreiter der europäischen friedlichen Revolutionen genügend gewürdigt würde und stets in einer Reihe mit anderen osteuropäischen Reformstaaten, allen voran der Sowjetunion und Ungarn, genannt wird. So z.B. wenn Kohl in einem Atemzug Polens Aufstand 1980 rühmt und gleich im Anschluss daran auf Ungarn zu sprechen kommt und meint: „Ungarn hat den ersten Stein aus der Mauer geschlagen“ (Kohl 2007: 20). Aber was man in Polen nicht gerne zugibt, ist in Deutschland unbestritten, nämlich dass ohne Gorbatschow und seine Politik der Glasnost und Perestroika weder die deutsche Einheit, noch die schnelle Mitgliedschaft

Polens und weiterer osteuropäischer Staaten in der Nato und in der erweiterten Europäischen Gemeinschaft möglich gewesen wären. Darüber hinaus hat man in Deutschland die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze im September 1989 in dankbarer Erinnerung, was tausenden DDR-Bürgern die Flucht in die Bundesrepublik ermöglichte.

Wer jedoch weiterliest, kommt auf seine Kosten. Denn als Kohl auf Wałęsa und seinen Besuch 1992 in der Bundesrepublik zu sprechen kommt, stellt er u.a. fest:

Unvergessen, dass es Polen war, in dem vor über einem Jahrzehnt der Kampf für die Freiheit, die Selbständigkeit und die Rechte der Menschen und Völker begann, die damals unter sowjetischer Vorherrschaft standen. Unvergessen auch Lech Walesas persönlicher Einsatz. Ohne das Jahr 1980 auf der Danziger Lenin-Werft wäre der Aufbruch des Jahres 1989 in Leipzig und Prag, in Budapest und anderswo nicht möglich gewesen. (Kohl 2007: 436)

Wałęsa ist der einzige polnische Politiker, dem Kohl positive Aufmerksamkeit schenkt. Zwar werden in dem Band auch Tadeusz Mazowiecki, Krzysztof Skubiszewski und Wojciech Jaruzelski erwähnt, aber eher am Rande. Der deutsche Bundeskanzler hatte Wałęsa mehrere Male getroffen, 1989 als Vorsitzenden der Solidarność und 1992 als polnischen Staatspräsidenten. Im Buch geht Kohl u.a. auf zwei Aussagen von Wałęsa ein, die beide 1989 gefallen sind und die deutsche Einheit betrafen, noch bevor sie zustande kam. Im September 1989 hielt sich Wałęsa in Bonn auf. Kohl erinnert sich:

Damals hatte er mir vorausgesagt, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten bevorstehe. Zwar konnte er das weder einleuchtend begründen, noch nannte er einen Zeitpunkt, aber er sollte mit seiner ‚gefühlten Voraussicht‘ recht behalten. (Kohl 2007: 435)

Noch feierte die DDR den 40. Jahrestag ihres Bestehens, noch stand die Mauer geschützt von den Soldaten der NVA und sowjetische Truppen wussten noch nichts vom bevorstehenden Abzug. Die Aussage Wałęsas konnte man nur als eine Zustimmung Polens oder zumindest der von ihm repräsentierten Bewegung zu einer zukünftigen, noch nicht zur Diskussion stehenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten deuten. Keine zwei Monate später weilte Kohl zu Besuch in Polen. Als am 9. November die Mauer fiel, bekräftigte Wałęsa „das natürliche Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung.“ Für diese Worte sind ihm die Deutschen – wie Kohl betont – bleibend dankbar (Kohl 2007: 436).

Tadeusz Mazowiecki, zu dieser Zeit der polnische Premierminister, wird von Helmut Kohl vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion um die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze erwähnt und diese Diskussion ging dem ehemaligen Bundeskanzler ganz sicher auf die Nerven, wovon auch der erwähnte Text Bände spricht. Auch Jahre später scheint Kohl

weder die polnische Haltung verstehen zu können, noch ist er bereit, Fehler in der eigenen Vorgehensweise einzugestehen. Mit Mazowiecki ist 1989 – wie Kohl schreibt – ein engagierter Christ zum Ministerpräsidenten gewählt worden, der sich zur Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk bekannte (Kohl 2007: 20). Von ihm erwartete Kohl Verständnis für bundesdeutsche Rechtspositionen. Als Bundeskanzler vertrat er die Meinung, dass die Bestätigung der Grenze mit der Wiedervereinigung einhergehen müsse und keine Vorleistung sein dürfe (Kohl 2007: 34). Dies bedeutete, dass die Grenzfrage endgültig erst durch eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung und ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament geregelt werden konnte (Kohl 2007: 36). Kohl erwartete, dass Polen den deutschen Standpunkt ohne Vorbehalt akzeptieren werde und war sichtlich verärgert, dass der Nachbar zuvor auf eine eindeutige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze drängte und dabei Unterstützung auch bei den Westverbündeten der Bundesrepublik – Frankreich und Großbritannien – fand (vgl. Kohl 2007: 44, 63). Nur George Bush schien die westdeutsche Meinung zu verstehen (vgl. Kohl 2007: 53). Laut Kohl vertrat niemand die deutschen Positionen, Wünsche und Anliegen so überzeugend wie der amerikanische Präsident (Kohl 2007: 65, 135).¹ Über die Haltung Polens in der Grenzfrage konnte Kohl nur noch den Kopf schütteln (Kohl 2007: 44), denn er war von der Korrektheit des eigenen und des Handelns der bundesdeutschen Politiker zutiefst überzeugt. So habe doch der Bundestag in seinen Entschlüssen vom 8. November 1989 und 6. März 1990 dazu Stellung genommen und die Gültigkeit des Warschauer Vertrages von 1970 unterstrichen. Kohl war und blieb der Meinung, dass Polen es hätten verstehen müssen, dass kein verantwortlicher deutscher Politiker einer künftigen gesamtdeutschen Regierung vorschreiben konnte, was sie zu tun habe. Es machte den Bundeskanzler betroffen, dass den Erklärungen von Parlament und Regierung keine Bedeutung beigemessen und auch an seinem Wort gezweifelt wurde (Kohl 2007: 45). Er verübelte den polnischen Politikern – Mazowiecki wie Jaruzelski – ihr Misstrauen ihm gegenüber und ihre – seiner Meinung nach – sture Haltung in der Grenzfrage. Sie haben es einfach nicht verstehen wollen, dass er – als Bundeskanzler – bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Im Gespräch mit François Mitterrand betonte Kohl im März 1990 sichtlich verärgert, dass von den Polen keine positive Geste komme, aber dennoch wolle er die Aussöhnung (Kohl 2007: 45).

Vielleicht wäre alles anders verlaufen, vielleicht hätte Polen 1990 nicht so hartnäckig auf die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze gepocht, hätte Kohl bei seinem Polenbesuch im November 1989 statt auf deutsche Rechtspositionen zu verweisen, welche die Oder-Neiße-Grenze als die endgülti-

¹ In dieser Einschätzung unterscheidet er sich wahrscheinlich von den meisten polnischen Politikern und auch Historikern.

ge und unverrückbare Grenze zwischen Polen und jedwedem zukünftigen Deutschland bezeichnet, oder hätte er seinem Zehn-Punkte-Programm einen elften Punkt hinzugefügt, der besagen würde, dass ein geeintes Deutschland als Sukzessionsstaat die früher geschlossenen Grenzverträge seiner Vorgänger – der DDR und der BRD – vorbehaltlos respektieren werde. Dies alles war jedoch nicht der Fall. Kohl wollte den i-Punkt in Bezug auf die Grenzfrage im Osten nicht oder besser gesagt nicht vorzeitig setzen. Dabei spielten – wie Kohl nach Jahren zugibt – parteipolitische Erwägungen eine nicht geringe Rolle. 2007 schreibt er in seinen Erinnerungen:

Etwa eine Dreiviertelmehrheit der Mitglieder von Vertriebenenverbänden waren Unionswähler. So klar die Oder-Neiße-Grenze auch anzuerkennen und dieser Grundsatzentscheidung nicht auszuweichen war, fehlte mir doch jede Bereitschaft dies sehenden Auges zu einem falschen Zeitpunkt zu vollziehen und damit die Zukunftschancen der Union aufs Spiel zu setzen. (Kohl 2007: 257)

Demzufolge waren also die Zukunftschancen der Union Bundeskanzler Kohl wohl wichtiger als die viel beschworene Aussöhnung mit Polen. An dieser Stelle müsste man sich auch die Frage erlauben, ob etwa an der Schwelle der 1990er Jahre die Mehrheit der Vertriebenen vom deutschen Bundeskanzler eine Grenzrevision erwartete? Wenn nicht, dann waren vielleicht noch andere Gründe mit im Spiel; erwähnt u.a. im Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP vom 6. März 1990. Wenn die Grenze erst bei Verhandlungen im Rahmen eines Friedensvertrages endgültig anerkannt werden sollte, dann könnte man doch gleichzeitig von den Polen einen Verzicht auf Reparationsleistungen seitens Gesamtdeutschlands sowie das Festschreiben der Rechte der deutschen Minderheit in Polen verlangen (vgl. JACOBSEN/TOMALA 1992: 369).

Wenn man die Ausführungen Kohls zu den „2+4 Verhandlungen“ liest, gewinnt man den Eindruck, dass die gesamte Diskussion über die Oder-Neiße-Grenze nur ein Missverständnis war, da seitens der Bundesrepublik doch niemand die Grenze ernsthaft in Frage stellte. Es ging **nur** um den Zeitpunkt der Unterzeichnung eines endgültigen Grenzvertrages, was außer Bush niemand zu verstehen schien (Kohl 2007: 53). Aber da die Amerikaner vorbehaltlos die deutsche Position unterstützten, kam es – wie von der Bundesrepublik und Kohl ganz persönlich erwünscht – zuerst zur Wiedervereinigung und Erlangung der vollen Souveränität durch Deutschland und erst im Nachhinein zum völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zwischen dem nun geeinten Deutschland und Polen über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze. Kohl vergisst zwar nicht zu erwähnen, dass Polen an den Verhandlungen der 2+4 in Paris teilgenommen hatte, jedoch widmet er dieser Teilnahme absolut keine Aufmerksamkeit. Zwei Sätze über die Einbeziehung des polnischen Außenministers in die Gespräche erwecken den Eindruck, dass man damit die ständig meckernden Polen ein-

fach begütigen wollte (Kohl 2007: 185). Auch dass die Außengrenzen des geeinten Deutschlands, mitunter die östliche an der Oder und der Lausitzer Neiße, im Vertrag über die abschließende Regelung für Deutschland mit den Vier Mächten festgeschrieben worden sind, wird nicht hervorgehoben. Dagegen hebt Kohl seine Erfolge in den Verhandlungen mit der UdSSR – über die Art der Vereinigung, den Abzug der sowjetischen Truppen und die Bündniszugehörigkeit des geeinten Deutschlands – hervor. Es ist nichts Falsches, woran Kohl erinnert, es ist nur die Frage nach dem wie etwas erinnert wird und eventuell nach dem, was ausgelassen wurde.

Wie sehr die Bundesrepublik auf Gespräche mit der Sowjetunion unter Gorbatschow setzte und um deren Zustimmung bemüht war, und wie wenig sie die polnischen Vorstellungen zu respektieren geneigt war, zeugt die Wahl Brests als Verhandlungsort zwischen den Außenministern der Bundesrepublik – Hans-Dietrich Genscher und der Sowjetunion – Eduard Schewardnadse. Kohl schreibt darauf Bezug nehmend:

Brest war als Ort der Zusammenkunft gewählt worden, weil dort Schewardnades Bruder zu Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion gefallen war. Allerdings war die Stadt auch in anderer Hinsicht ein symbolträchtiger Ort, denn 1939 hatten Verbände der Wehrmacht und Einheiten der Roten Armee die Niederwerfung Polens mehrmals mit einer gemeinsamen Truppenparade in Brest gefeiert. Warschau reagierte empört. (Kohl 2007: 144)

Doch der aussöhnungswillige Bundeskanzler und dessen Außenminister übergingen diese Empörung, denn es ging mehr als um Aussöhnung, es ging um die Einheit.

Interessant erscheint auch die folgende Passage der Erinnerungen, wo Kohl über ein Treffen mit Mazowiecki im November 1990 berichtet. Kohl stellte dem polnischen Premierminister die Gründung eines Fonds in Aussicht, aus dem die Opfer der Nazi Herrschaft entschädigt werden sollten. Zwar ging Kohl davon aus, dass mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 die Vor- und Nachkriegsschulden durch die Bundesrepublik geregelt worden waren und Polen sowieso keine Ansprüche auf Entschädigung erheben könnte, dennoch aber wollte man den Polen entgegenkommen. In seinen Erinnerungen schreibt Kohl: „Juristisch gesehen war die deutsche Position in puncto Entschädigungszahlungen zwar recht stark, menschlich gesehen taug[t]e dies für mich jedoch nicht als Ausrede“ (Kohl 2007: 255). Wieder einmal scheint Kohl großzügig gehandelt zu haben. Und diesmal zeigte sich der polnische Ministerpräsident offen für eine solche Lösung. Ob die entschädigten polnischen Opfer diese Großzügigkeit des deutschen Bundeskanzlers zu schätzen wussten, bleibt zu bezweifeln.²

² Über die Bilanz der Entschädigungszahlungen mehr bei Sulek 2011: 551–585.

Trotz alledem wurde Kohl 1998 als erster deutscher Bundeskanzler mit der höchsten Auszeichnung Polens – dem Orden des Weißen Adlers ausgezeichnet. Die Gründe hierfür muss man jedoch in seiner Außenpolitik der späteren Jahre suchen. Sein Eintreten für Polens Nato-Mitgliedschaft und die Annäherung an die damals noch (West-) Europäische Gemeinschaft trugen dazu bei, dass er in die Geschichte als *Anwalt Polens* eingegangen ist. Die eigenen Äußerungen Kohls fallen in dieser Hinsicht sichtlich bescheiden aus. Er hebt sein diesbezügliches Engagement keineswegs hervor, spricht stets in der Pluralform des *wir*, unterstreicht das gemeinsame Vorgehen aller Mitglieder der erwähnten westlichen Gemeinschaften. Mehrere Male unterstreicht Kohl seine Überzeugung, dass einerseits ohne die deutsch-französische Freundschaft das Werk der Einigung Europas nicht hätte begonnen werden können, dass es sich andererseits jedoch nicht ohne die deutsch-polnische Partnerschaft vollenden lassen würde (Kohl 2007: 332). Kohl war überzeugt, dass die Oder-Neiße-Grenze weder zur endgültigen Außengrenze der Europäischen Union noch zu einer Wohlstandsgrenze werden dürfte (Kohl 2007: 231, 254). Diese Überzeugung ergab sich für ihn auf der einen Seite aus einem wachen Verständnis für die Geschichte, was bedeutete, dass ein geeintes Europa die beste Garantie vor Rückfällen in gefährliche Nationalismen sei. Auf der anderen Seite resultierte sie aus dem Bewusstsein, dass ein wirtschaftlich und sozial stabiles Osteuropa im ureigensten Interesse der Bundesrepublik liege, denn es bedeutete Sicherheit und Stabilität für ganz Europa, dementsprechend auch für Deutschland (Kohl 2007: 333, 645). Die Haltung des Bundeskanzlers war darüber hinaus auch eine Folge der ersten innerdeutschen Erfahrungen nach der Wiedervereinigung, die Enttäuschung sowohl bei den Ost- wie den Westdeutschen hervorriefen. Der DDR-Sozialismus hatte in der Wirtschaft, in der Umwelt und nicht zuletzt in der Gesellschaft ein bedrückendes Erbe hinterlassen und Kohl war sich dessen bewusst, dass „der Wiederaufbau in den neuen Bundesländern dauerhaft nur gelingen [würde], wenn bei [den] östlichen Partnerländern gleichgerichtete Anstrengungen unternommen würden und mittelfristig zum Erfolg führten“ (Kohl 2007: 438). In seinen Memoiren gibt er zu, dass die Bundesrepublik eben aus diesem gut verstandenen Eigeninteresse im Rahmen der westlichen Länder wie auch bilateral einen erheblichen Beitrag leistete, um die wirtschaftlichen Reformen in Polen zu unterstützen (Kohl 2007: 438). Einen Krisenherd an seiner östlichen Grenze wollte und konnte sich die Bundesrepublik auf Dauer nicht erlauben. Die Anfang der 1990er Jahre spürbaren polnischen Ängste, die Bundesrepublik wolle eine Zusammenarbeit vor allem im Oderraum, um Einfluss auf die ehemals deutschen Ostgebiete zu gewinnen, um so die Souveränität Polens zu unterlaufen, können nicht auf die Äußerungen Helmut Kohls zurückgeführt werden. Dieser wünschte sich für den Oderraum eine regionale Zusammenarbeit, wie es sie in ähnlicher Form z. B. im Bodenseeraum oder

im pfälzisch-elsässischen Grenzgebiet gab (Kohl 2007: 231), zugleich aber sprach er sich für eine aktive Partnerschaft mit ganz Polen aus. Als Beispiel sollte man hier das Eintreten Kohls für die Abschaffung des Visumzwangs im Reiseverkehr mit Polen heranziehen, wofür er auch die westeuropäischen Partner der Bundesrepublik gewinnen musste.

Die erinnerte Wirklichkeit festgehalten auf über 700 Seiten. Wie wahr ist diese Wirklichkeit? Inwieweit entspricht die Erinnerung den Ereignissen Anfang der 1990er Jahre? Ist es die Wirklichkeit, wie sie der Bundeskanzler erlebte oder ein im Nachhinein geschaffenes Konstrukt, eine Art Anweisung, wie man Geschichte zu lesen und deuten hat? Inwieweit unterscheidet sich das aufgezeichnete Bild der Vergangenheit von den Erinnerungen der polnischen Politiker an diese Zeit? Fragen, die sich nicht leicht, wenn überhaupt, beantworten lassen. Was man aus den Erinnerungen herausliest, hängt im großen Maße vom jeweiligen Leser ab, von seinem Hintergrundwissen und nicht selten seiner Einstellung gegenüber dem Autor und der Problematik selbst.

Der polnische Leser der Erinnerungen von Helmut Kohl wird jedoch – abgesehen vom Wahrhaftigkeitsgrad des Erinnerten – mit Sicherheit eines lernen: Polen wird zwar von der Bundesrepublik als ein selbständiger politischer Spieler auf der internationalen Bühne wahrgenommen, aber es ist ein Akteur von zweitrangiger Bedeutung. Die Politik Deutschlands gegenüber Polen muss stets in einem breiteren europäischen Kontext gesehen werden, denn sie war und ist Teil der außenpolitischen Konzeption Deutschlands in Bezug auf ganz Osteuropa; Russland miteinbezogen. Bis 1990 blieb die Politik der BRD gegenüber Polen ein Resultat der innerdeutschen Politik und war durch die weitreichenden Ziele der sog. Deutschlandpolitik determiniert. Seit der Vereinigung ergibt sie sich aus den Überlegungen, wie die deutsche Ostpolitik am günstigsten geführt werden sollte. Und diese schloss schon immer, und vom Standpunkt der deutschen Interessen aus gesehen zu Recht, die Interessen der größten Macht im Osten Europas mit ein. Denn für Kohl gehört Russland nicht nur selbstverständlich zu Europa, sondern es ist auch einer deren Grundpfeiler. Kohl bemerkt hierzu, dass gerade Russland schon in der Vergangenheit aufs Engste mit dem übrigen Europa verbunden war und bis in die Gegenwart hinein einen unersetzlichen Beitrag zum europäischen Kulturerbe leiste – man denke nur an Marc Chagall, Joseph Brodsky oder Andrei Sacharow. Russland darf – laut Deutschland – nicht aus der gesamteuropäischen Konzeption ausgeschlossen werden. Ein Standpunkt den nicht alle, oder besser gesagt: nicht viele, polnische Politiker teilen.

Literaturverzeichnis

- Jacobsen, Hans-Adolf / Tomala, Mieczysław (Hrsg.) (1992): *Warszawa–Bonn 1945–1991. Stosunki polsko-niemieckie. Analiza i dokumenty*. Warszawa: PISM.
- Kohl, Helmut (2007): *Erinnerungen. 1990–1994*. München: Droemer.
- Schmidt, Siegfried J. (2001): „Gedächtnis und Gedächtnistheorien.“ In: Ansgar Nünning (Hrsg.): *Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie. Ansätze – Personen – Grundbegriffe*. Stuttgart/Weimar: Metzler, 211–213.
- Sulek, Jerzy (2011): „Von den individuellen Entschädigungen zur humanitären Hilfe und finanziellen Leistungen. Eine Bilanz der Auszahlungen von Deutschland aus den Jahren 1991–2011 für die Opfer des Nationalsozialismus in Polen.“ In: Witold M. Góralski (Hrsg.): *Historischer Umbruch und Herausforderung für die Zukunft. Der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991. Ein Überblick nach zwei Jahrzehnten*. Warszawa: Elipsa, 551–585.

